

EINLEITUNG

Umbruch ist – wie Umsturz, Umwälzung – eine Vokabel aus dem Wortschatz der Revolution. Historische, politische Umbrüche sind abrupte, radikale, heftige, alles auf einen Schlag von Grund auf verändernde Geschehnisse, weniger Wendepunkte als vielmehr Knicke oder eben Brüche. Zusammenbruch und Aufbruch, Ausbruch und Abbruch finden in der Isochronie des Anbruchs zusammen – mit allen denkbaren Paradoxien und Ambivalenzen. Trotz einer konnotativen Vorbelastung durch den nationalsozialistischen „Umbruch“ von 1933, worüber Viktor Klemperer in LTI (1975, S. 205 f.) reflektiert, will uns die Bruch-Vokabel hier und heute angemessener erscheinen als das leider eingebürgerte Wort „Wende“, das – von Egon Krenz für sein politisches Manöver der Regime-Rettung gewählt – etwas Dubioses behält. Es suggeriert, der Steuermann habe das Staatsschiff geschickt gedreht, obwohl doch der Havarist tatsächlich bereits leck auf Grund gelaufen war. Doch just mit Erich Honeckers Stimme ertönte, in nachträglich fast weise anmutender Vorahnung des Redners, schon Anfang der achtziger Jahre der Begriff von „jähren Wendungen“ – unüberhörbar wie unvergesslich – z. B. in einer Neujahrsansprache des Staatsratsvorsitzenden. Es war die Zeit des sowjetischen Krieges in Afghanistan, und es sollte wohl bedeuten: Macht euch auf einiges gefasst – soziale Verwerfungen, ökonomische Einbrüche, wie man sich denken konnte, einbezogen.

In diesem Sinne handelte es sich bei der Revolution von 1989 durchaus um eine jähre Wendung, bei der die Kurve nicht zu kriegen war; das fehlkonstruierte Mobil landete mit defekter Steuerung und kaputten Reifen im Kiesbett – und mit dem längst schon verlorenen Rennen war es endgültig aus und vorbei. Eine kommunistische Diktatur, durchaus bösartig und elend, zwanghaft fixiert auf ihre mutmaßlichen Feinde, war am Ende, gescheitert also der Versuch, eine quasi-normale, banale Normalität vorzutäuschen, mittels geistiger, politischer Konformitätserpressung mit allzu oft tödlichen Folgen und einer verbrecherischen Arretierung hinter geschlossenen Grenzen. Tödlich sei in einem weiteren Sinne verstanden: Es war dem Regime gelungen, eine geistig gelähmte Mehrheit der von ihm beherrschten Bevölkerung in politischer Resignation und Agonie zu halten. Die Revolution war das Werk einer starken, entschlossenen Minderheit unangepasster Akteure, meist wohl aus der Reihe jener Neinsager, die sich bei der Volksabstimmung zur Verfassung (1968) oder bei den Kommunalwahlen von 1989 unter den fünf bis zehn Prozent befanden, die tatsächlich eine Neinstimme zu produzieren gewagt hatten – dazu das Werk einer stattlichen Anzahl aufsässiger jüngerer Leute, die nicht mehr einzuschüchtern oder zu erpressen waren.

Freilich konnte man nach den ersten revolutionären Aktionen im Oktober und November 1989 alsbald erkennen, welcher Anstrengungen es bedurfte, um bis in die kommunalen Verwaltungen, die Räte der Gemeinden, der Kreise und Städte sowie bis in die Betriebe hinein, eine Umgestaltung von Grund auf durchzusetzen – mit der Neubesetzung von leitenden Positionen und somit einer Erneuerung an

Haupt und Gliedern. Ein Staat im Staate, wie es eine Universität zweifellos ist, bot in dieser Hinsicht besondere Probleme, denn die Inhaber hoher Ämter waren überwiegend Protagonisten des untergehenden Regimes, fast ausschließlich SED-Mitglieder, meistens auch mit Parteifunktionen vorbelastet, die sich aber nur allzu oft in naiver Selbstverständlichkeit für geeignet hielten, auch weiterhin Leitungsfunktionen zu übernehmen.

Die besondere hierarchische Machtstruktur der Universität stammte aus der Zeit der dritten, so genannten Sozialistischen Hochschulreform. Diesem Geschehen, das sich schon Mitte der sechziger Jahre ankündigte, waren in Jena eine Reihe von Ereignissen vorangegangen, die der Verfasser, erst seit 1964 in Jena tätig, mit Sorge, ja Entsetzen zunächst von ferne, dann aus nächster Nähe verfolgt hatte. Schon bald nach dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 kulminierten nämlich wachsender ideologischer Zwang und politischer Druck in Aktionen gegen drei ordentliche Professoren, „bürgerliche“ allesamt, gegen den Mathematiker Walter Brödel, den Internisten Walter Brednow und den Germanisten Joachim Müller, alle drei Fälle von der SED mit beträchtlicher „kämpferischer“ Aggressivität inszeniert. Unmittelbar zu Beginn der Hauptphase der Hochschulreform ereignete sich des Weiteren die weltgeschichtliche Zäsur der Okkupation der ČSSR vom 21. August 1968 – nach dem Verfassungsreferendum vom April. Man glaubte in dieser Zeit, ähnlich wie nach dem Berliner Mauerbau, mit verzweiflungsvoller Unruhe, auf alles gefasst sein zu müssen. Wachsende geistig-politische Repression, verbunden mit Sorgen um die weitere Berufstätigkeit, erzwang neue Überlebensstrategien: bis hin zur beschämenden Mimikry, zur täuschenden Anpassung, mit der Hinnahme oder Inkaufnahme von Funktionszuweisungen, die schon in dem Moment, als sie geschahen, hochgradig kompromittierend erschienen. Demzufolge aus einem Zeitalter – Krieg, Nachkrieg und vor allem 40 Jahre DDR – in mehrfacher Hinsicht traumatisiert oder auch physisch lädiert hervorzugehen, das verschaffte dem nachträglichen Zorn umso größeren Antrieb.

Der von den Zeitumständen gezeichnete Chronist muss sich bei seiner Darstellung immer wieder zu jener Gelassenheit zwingen, die eine gerechte Beschreibung historischen Geschehens – *sine ira et studio* – verlangt. Durch seine nur allzu oft beklemmende Erinnerung bleibt er aber der Gefahr der Befangenheit ausgesetzt. Der Chronist wird, zumal dann, wenn er nach den Zeiten der Diktatur in turbulentem Erneuerungsgeschehen selbst tätig wurde, auch seine Aversionen zur Geltung bringen. In die kritische Beurteilung geht der Drang zur – durchaus nicht ungerechten, aber wohl heftigen – zornigen Verurteilung ein. Als Akteur im Erneuerungsvorgang, der sich meist in einer Einheit von Abriss und Neubau vollzog, wird er, Zeitzeuge und Mitgestalter zugleich, zwischen Aktenfaktizität und eigenem Gedächtnis hin und her bewegt, manchmal sogar hin und her gerissen. Er vermisst auch in den Akten, weil sie zudem ihre Lücken haben, vieles, was er als wesentlich in Erinnerung hat, er glaubt, ohne Zeitzeugen, sich erinnernde Zeitgenossen in seiner Nähe, nicht zur Vergewisserung und somit zu Gewissheiten zu kommen, und läuft aber dennoch stets Gefahr, sich täuschen zu lassen oder sich selbst zu täuschen. Insofern ist das, was er zuwege bringt, nicht das Werk eines professionellen Historikers, auf alle Fälle aber eine Quelle für eine künftige Historiographie, obwohl er sich

wünschte, es sei ihm im Endergebnis etwas mehr als *nur* dies gelungen. Immerhin: er muss mit mindestens drei Rollen zurechtkommen – erstens mit seiner Rolle als mehr oder weniger malträtierte(r) Zeitzeuge und widerwilliger „Staatsbürger“ zur Zeit der Diktatur, genauer in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR von 1945–89, zum zweiten mit der Rolle eines Mitgestalters der universitären Erneuerung von 1990–93 im Amt des Prorektors für Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften und als solcher auch gehalten, seine persönliche und die „gesellschaftliche“ Vergangenheit immer wieder, beinahe zwanghaft zu reflektieren, und schließlich, zum dritten, zwanzig Jahre danach in der Historiker-Rolle des um Wahrheit bemühten Erzählers ebenjener Zeit der universitären Erneuerung tätig zu werden, ausgerüstet mit dem Wissen um den Fortgang des Geschehens. Über diese drei Rollen hinaus aber gibt es noch weitere, die mitwirken, zum Beispiel die Rolle des politisch reservierten Hochschullehrers oder die des sorgenvollen Familienvaters, nicht zuletzt auch die Rolle des Schriftstellers, der sich auf langjährige, nicht ungefährliche Kämpfe mit der Zensur einließ, und er wird mit dem Zusammenspiel der Rollen seine Not haben. Er hat – zumal als Nichthistoriker – keine Chance, ein idealer Geschichtsschreiber zu sein. Wenn er sich trotzdem auf dieses Thema eingelassen hat, so deshalb, weil ihm die bisherigen Äußerungen und historiografischen Versuche allzu sehr mit Desideraten befrachtet zu sein scheinen und weil zu vieles einfach fehlt. Aber zurück zur geschichtlichen Faktizität.

Die Initiierung der Umbrüche an Universitäten und Hochschulen war von Personen abhängig, die dort bereits tätig waren, und zwar von solchen unter ihnen, die sowohl mental, nach politischer, systemkritischer Gesinnung, als auch hinsichtlich ihrer Position – als Hochschullehrer zum Beispiel – glaubwürdig in der Lage waren, eine demokratische Umgestaltung und Erneuerung herbeizuführen und höhere Leitungsämter zu besetzen. Die Situation war augenscheinlich an jeder Universität anders, doch an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, die schon im Sommer 1990 im Vergleich zu allen anderen Universitäten und Hochschulen der damaligen DDR als „Sonderfall“ galt, offenbar besonders günstig. Hierbei kam vor allem das Potenzial jener Wissenschaften zum Tragen, die – wie etwa Medizin und Mathematik oder Naturwissenschaften – geistig, ideologisch kaum oder nur in geringerem Maße korruptionsanfällig waren, jedenfalls viel weniger als die so genannten Gesellschaftswissenschaften mit der aufgenötigten oder freiwilligen marxistisch-leninistischen Infiltration oder sogar – wie Staats- und Rechtswissenschaft oder Philosophie – in ihrer staatstragenden Funktion.

Der Umbruch der Jenaer Universität kulminierte in drei starken Einschnitten, deren genauere historische Darstellung immer noch auf sich warten lässt: (1) Der bewegte Herbst der Studenten und Professoren 1989, (2) Aufbruch und Anbruch mit den Neuwahlen, (3) Selbsterneuerung und Strukturbrüche von 1990–91, wo nötig, mit Schließung, Abriss und Neubau. Die Jenenser Vorgeschichte dieser Ereignisse darf freilich bei der historischen Untersuchung dieser Zeiträume nicht außer Acht gelassen werden. Ich werde mich allerdings damit begnügen, allenfalls Facetten zu zeigen und muss auf ein kohärentes, alles Wichtige umfassendes Gesamtbild mit einiger Bescheidenheit verzichten.

Die Motivation wichtiger Akteure – gerade aus der medizinischen Fakultät – wurzelte offenkundig in einem weltanschaulichen Boden, der viel mit kritischen

europäischen Denktraditionen oder christlicher Gesinnung, doch kaum etwas mit der zu einer antikreativen politisch-ideologischen Apologetik verkommenen so genannten wissenschaftlichen Weltanschauung des Marxismus-Leninismus zu tun hatte, wie sie im Laufe der Jahre mehr und mehr dogmatisch fixiert, konserviert und aufoktroiiert worden war. In medizinischen und naturwissenschaftlichen Bereichen konnten zudem, so Gottwald, „autonome Handlungsräume und berufsethische Standards in gewissem Umfang bewahrt werden“, auch erhielt sich „durch die Resistenz der Qualifikationskriterien [...] und der Reputationsstandards“ (Gottwald, *Brednow*, S. 249) in vielen Fällen eine Souveränität der Urteilskraft, dank der politische und ideologische Durchdringungsversuche und Angleichungszwänge bei vielen (vielleicht sogar den meisten?) Adressaten nicht zur Wirkung kamen. Somit war in diesen fachlichen Arealen ein geistiges Potenzial als Treibstoff der politischen Entschlossenheit gegeben, wie es für den politischen Umbruch vor Ort, in dieser Universität notwendig war – anders als etwa an der Berliner Humboldt-Universität, wo jene „Mindestmenge an strategisch geschickten wie sozial anerkannten Reformern“ fehlte, „die ein Institutionenwandel braucht“ (Neidhardt, *Aufbruch*, S. 38). Gewiss war auch die Medizin mit dogmatisch fixierten und hörigen SED-Protagonisten durchsetzt, doch mit zunehmender Häufigkeit erst nach 1961 und auch in den siebziger Jahren allem Anschein noch nicht mit der Dichte wie in anderen, zumal „gesellschaftswissenschaftlichen“ Disziplinen. Ungeachtet späterer Verstrickungen der Medizin, etwa durch staatliche Auflagen, Devisen zu erwirtschaften, gab es gerade in dieser Disziplin dennoch auch unter den Hochschullehrern eine stattliche Anzahl unbescholtener, tatkräftiger Einzelpersonen, die als überzeugende politische Erneuerer in Frage kamen.

Übrigens bezog sich die Anwendung des Begriffes „Sonderfall“ – ein der Außenwahrnehmung entstammendes Wort – am ehesten auf das Tempo, mit dem an der Universität Jena die Erneuerung bereits im Dezember 1989 – unter erheblichem Druck auf die damalige Universitätsleitung – eingeleitet wurde. Die Vokabel „Sonderfall“ fand im internen Sprachgebrauch keine Verwendung, sie sagte uns freilich zu und ermutigte uns. „Jena ist ein Sonderfall!“ machte uns Dieter Simon, der Präsident des Wissenschaftsrates Ende September 1990 anlässlich des Besuches einer Gruppe von Gutachtern bei den Jenaer Juristen klar, als wir besonders dringend darum baten, man möge das geplante Gutachten so bald wie möglich und nicht erst, wie angekündigt, im Januar 1990 liefern. Peer Pasternack (1999) spricht in seiner Studie, die die Erneuerungsarbeit der Universitäten Leipzig und Berlin (HU) betrifft, von der Universität Jena als von einer „Ausnahme“ und einem „Sonderfall unter den ostdeutschen Hochschulen“. Er hatte vor allem die bereits im Sommer 1990 eingeleitete Eigenevaluation im Blick, meinte aber auch die nachdrückliche Art, mit der ab 1990/91 – früher als anderweitig – Vergangenheitsklärung betrieben wurde. Was Tempo und Energie der Jenaer Universitätserneuerung angeht, so scheint es uns in der Tat angemessen zu sein, vom „besonderen Fall Jena“ zu sprechen.

I. DER BEWEGTE HERBST UND SEINE PRÄLIMINARIEN

VORGESCHICHTE DES AUFBEGEHRENS

Unmut, immer wieder vom Zorn gespeist, hieß zu Beginn der Vater des Mutes. Ohne den Mut freilich, ohne erfolgreiches Niederringen der Furcht, ohne die energische Entschlossenheit der Selbstbehauptung und ohne die Bereitschaft zu Widerstreben, Widerstand und Widersetzlichkeit, und eben ohne die zornige Hartnäckigkeit als das wichtigste Element nachhaltiger Auflehnung wäre es nicht zu den starken Aktionen – nicht zum Freiräumen von Ämtern, zur Verdrängung von machthabenden Personen aus leitenden Positionen, kurz zu den zahlreichen drangvollen, sich oft längere Zeit hinziehenden, nahezu flächendeckenden Erneuerungsaktionen des Herbstes und Winters 1989–90 gekommen. Es hätte weder den oft höchst energischen, auch nachhaltigen Druck gegeben, der die Neubesetzung von höheren Ämtern ermöglichte, noch die Entschlossenheit zur öffentlichen Anklage und temperamentvollen Verwünschung hochgestellter Staats- und Parteifunktionäre, von denen sich viele durch die Aufdeckung von Amtsmissbrauch und Korruption von einem Tag zum anderen in der Rolle der Angeklagten und überführten Delinquenten wiederfanden. Diese Revolution war bei all ihrer Friedlichkeit eben nicht gewaltlos, denn jene Gewalt wurde wiedererweckt, die tatsächlich vom Volk ausgeht und die in der Lage war, die aus Pseudowahlen hervorgegangenen, nicht demokratisch legitimierten Macht- und Befehlshaber das Fürchten – und Aufgeben zu lehren.

Jena war – obwohl keine Großstadt, in der, begünstigt durch eine größere Bevölkerungszahl, politische Turbulenzen in Verbindung mit Demonstrationen großer Menschenansammlungen, mit Massenprotesten aller Art und konspirativer Gruppenbildung besonders nahe gelegen hätten – Jena war dennoch ein Terrain mit einer Tradition vielfältiger politischer, ideologischer Widerspenstigkeit, mit Aufbegehren, konspirativer Subversion und politischer Untergrundtätigkeit in getarnten Zirkeln, mit der Weitergabe und Vervielfältigung von Konterbande aller Art, und es war eine Produktionsstätte mehr oder weniger clandestiner, untergründiger, aufsässiger und hintergründiger Literatur. Zweifellos gab es hier häufiger als anderswo die Bereitschaft zur Widerständigkeit – zum verstockten Neinsagen, zu politischer Abkehr und offen gezeigter Aversion. „Ein Zentrum stabiler Opposition“ nennt ein Zeitgenosse die Stadt Jena, und zwar sei sie dies schon seit den Zeiten der Sowjetischen Besatzungszone gewesen (Jahn, *Gift*, S. 16). Auf „eine Kontinuität der Auflehnung und des Protestes individueller und kollektiver Art“ könne die Universität verweisen, heißt es bei Gottwald und Ploenus (Gottwald/Ploenus, *Aufbruch*, S. 9), und Kowalczuk nennt Jena „die heimliche Hauptstadt der Opposition“ (Kowalczuk, „*Gegenschlag*“, S. 17). Bürgerliche Professoren wie Heussi, Leisegang und Brednow seien es gewesen, die in den endvierziger bis sechziger Jahren die „Fahne der akademischen Freiheit“ hochzuhalten versucht hätten (Gottwald/Ploenus, *Aufbruch*, S. 9).

Bei der Verfassungsabstimmung vom 6. April 1968, bei der das zweite Mal seit dem Mai 1949 und zwischen 1950 und 1990 das einzige Mal die Möglichkeit bestand, auf einem Stimmzettel „ja“ (rechts oben) und „nein“ (links unten) anzukreuzen, wenn auch angesichts der stillschweigenden Nötigung zur offenen Stimmabgabe – damals also lag ein *thüringischer* Wahlkreis bezüglich des Anteils der Neinstimmen an der Spitze: der Wahlkreis Worbis mit 11,18% Neinstimmen, gefolgt von Berlin, Prenzlauer Berg (11,08%), und vom Wahlkreis Jena Stadt mit 10,99%. Auf dem vierten Platz rangierte Berlin-Mitte (10,34%). Alle anderen Abstimmungsergebnisse übersprangen die Zehnprozentgrenze nicht. Für die gesamte DDR wurden 409329 Neinstimmen gezählt, das waren rund fünfeneinhalb Prozent aller abgegebenen gültigen Stimmen. Diese Resultate sollte man wohl als real, das heißt: nicht (oder kaum?) manipuliert einschätzen dürfen, sie galten jedenfalls für DDR-Verhältnisse bereits als sensationell – angesichts der üblicherweise gefälschten Wahlergebnisse, die stets in die nächste Nähe der Hundertprozentgrenze „angehoben“ wurden. Denn eine erhebliche Mutprobe war es allemal, auch bei dieser erleichterten Markierungsmodalität in offener Stimmabgabe eine Neinstimme zu produzieren. Konnte doch immerhin noch aus einiger Entfernung am Tisch festgestellt werden, ob der Stift in der rechten oberen Ecke des Stimmzettels – beim Ja – oder in der linken unteren Ecke, diagonal gegenüber also – beim Nein –, zum Ankreuzen angesetzt wurde. Man lief also Gefahr, beobachtet, ertappt und registriert zu werden – es sei denn, man hätte, wie viele es an diesem Tag wahrscheinlich taten, geistesgegenwärtig den Zettel um 180 Grad gedreht, somit auf den Kopf gestellt, so dass nunmehr der Neinkreis rechts oben zu liegen kam. Wer das so gehandhabt hatte, war freilich gegen die nachträgliche Angst vor der eigenen Courage nicht gefeit, so sehr er sich im ersten Moment auch über seinen Mut und seine Geistesgegenwart gefreut haben mochte. Ich erinnere mich genau, nach dieser Tollkühnheit – so kam es einem vor – auf Jahre hinaus nach Indizien dafür gesucht zu haben, dass man uns, weil es evidente politische Behinderungen im beruflichen Fortkommen gab, wohl doch beobachtet und als Verfassungsgegner registriert habe. Perfekionierte Tarnung und Mimikry in beruflichen Situationen, zumal dann, wenn politische Urteile abverlangt wurden, ergaben sich aus solchen durchaus furchtsamen Überlegungen – gerade bei denen, die etwas zu verbergen hatten.

Man mag bei der Vorgeschichte des universitären Umbruchs auch an noch früheres Geschehen in Jena denken: zum Beispiel an die liberale Hochschulgruppe der Universität mit dem 1952 zu 10 Jahren Freiheitsstrafe verurteilten Hermann Marx – mit mehr als 110 Jahren Freiheitsstrafe für die gesamte Gruppe – oder an die sehr weit gehenden widersetzlichen, widerständigen Aktionen des Eisenberger Kreises, dessen führende Köpfe, der Medizinstudent Thomas Ammer zu 15 Jahren sowie die Studenten Herrmann und Frömel zu je 14 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurden (insgesamt 24 Urteile mit 114 Jahren Freiheitsstrafe). Es waren Rufe nach Freiheit und Demokratie – mit der Zulassung von politischer Opposition – in einer Zeit massenhafter politischer Prozesse, in denen auf fingierte Anklagen hin unverhältnismäßig hohe Freiheitsstrafen gegen tatsächliche oder erfundene politische Gegner an der Tagesordnung waren. Nachdem die erzwungene offene Stimmabgabe vor Gründung der DDR bei den 3. Volkskongresswahlen im Mai 1949 erprobt wor-

den war, später dann noch verbunden mit der notorischen Fälschung der Ergebnisse, mutete es aussichtslos an, eine „gültige“ Neinstimme zu erzeugen. Jede „Wahl“ brachte dem so genannten Wähler seine politische Entmündigung auf deprimierende Weise zu Bewusstsein.

An der Universität gab es stets virulente Minderheiten politisch widerstrebender Gleichgesinnter, zwischen denen sich in den sechziger, siebziger Jahren mehr oder weniger engmaschige Beziehungsnetze entwickelten. Kirchliche Bindung leistete solchen Verknüpfungen Vorschub. Und selbst in der für alle Hochschullehrer der Universität obligatorischen Marxistisch-Leninistischen Abendschule, die meist nur schwer, mit Aversion zu ertragen war, lernten sich Gleichgesinnte kennen und wurden persönliche Verbindungen geknüpft oder sogar Freundschaften begründet, die sich in der Zeit des Umbruchs als besonders produktiv erwiesen. Hier hatte das Regime nolens volens eine Geburtsstätte der Beziehungen zwischen potenziellen künftigen Überwindern des von der Diktatur installierten universitären Establishments geschaffen.

Aber es hatten sich auch kreative Nischen von halböffentlichem Charakter gebildet, gerade in der Zeit nach dem Mauerbau. Gesprächsräume wurden eingerichtet, in denen die quälenden Defizite einer fehlenden öffentlichen Kommunikation über zentrale existenzielle Probleme zu kompensieren waren. So hatten sich Hochschullehrer, Ärzte, Geistliche – über die Konfessionen hinweg – auf Anregung des Theologen Hans-Peter Hertzsch und des Internisten Dietfried Jorke bereits 1963 in einem Gesprächskreis von zunächst stattlichem Ausmaß zusammengefunden. Aus ihm ging 1965 die Arbeitsgemeinschaft „Arzt und Seelsorger“ hervor. Man besprach dort in etwas verkleinerter Runde mit etwa 20 Teilnehmern sehr gezielt brennende Existenzfragen. Vier Hauptgruppen von Themen lassen sich erkennen, Problembezirke, wo die Ignoranz der Ideologie besonders frustrierend wirkte: *Der Kranke und seine Krankheit*, *Lebenshilfe*, *Menschenbild*, *Gemeinschaft*. „Der Kranke und seine Krankheit“ war der Titel einer Abhandlung des Internisten Professor Walter Brednow, 1961 publiziert in der Schriftenreihe der Hallenser Akademie Leopoldina. Wegen dieses Vortragstextes hatte der Verfasser 1960 und später erhebliche politische Attacken, vor allem in der universitären Öffentlichkeit zu ertragen gehabt.

Als kreatives Gedankenforum gedacht, widmete sich der Kreis „Arzt und Seelsorger“ zentralen existenziellen Fragen, für die gerade nach dem „Mauerbau“ [...] mit der „zunehmende[n] Indoktrinierung aller Lebensbereiche durch den Marxismus-Leninismus“ und mit dem herrschenden „platten Materialismus“ keinerlei Möglichkeit in öffentlichen Debatten zu sehen war. „Fragen wie Schuld, Krankheit, Krankheitsbewältigung, Sterben, Sterbebegleitung, Tod, Trauer, wurden gar nicht verbalisiert“ – eine bedrückende Situation, so Dietfried Jorke 2009 (in einer Sendung des Südwestdeutschen Rundfunks mit dem Titel „Gegen jeden Strom“). Bis 1988 fanden 117 protokollierte Veranstaltungen statt. Dietfried und Gisela Jorke beschreiben die Arbeitsgemeinschaft als „eine Vereinigung von Menschen, die sich entschlossen hatten, in der DDR zu bleiben, um hier in Verantwortung für die uns anvertrauten Menschen da zu sein und zu wirken sowie unsere Grundwerte und Leitvorstellungen weiterzutragen. Unsere kritische Sicht der Verhältnisse in der

DDR war den Funktionären [...] wohlbekannt, denn wir machten im Reden und Tun keinen Hehl daraus. Als dann die Zeit zur Wende herankam, wurden viele Mitglieder auch politisch aktiv und engagierten sich in der Protestbewegung.“ Das Motto des Theologen Klaus-Peter Hertzsch: „Entängstigen und ermutigen“ stand über dem „Wissens- und Erfahrungsaustausch“, der auf die „Stärkung in Sinnkrisen“ und „Lebenshilfe für den Alltag“ orientiert war. (Jorke/Jorke, *Arbeitsgemeinschaft*, S. 94)

Auch studentische Aktionen in Jena erstreckten sich mehrfach über längere Zeitspannen. Antrieb mochte in den siebziger Jahren insbesondere das Aufleuchten von Mut und nachhaltigem Freiheitsbegehren zur Zeit der militärischen Okkupation in der Tschechoslowakei 1968 spenden, ein Aufbegehren mit nachhaltiger Wirkung, zumal nach den Selbstverbrennungen von Ryszard Siwiec in Warschau, Jan Palach in Prag und anderen. Ein Kreis von jungen Leuten, ehemalige Studenten der Universität, mit Jochen Friedel, Bernd Rolle, Bernd Ahrens, Klaus Adelhardt, Christian-Henry Crasser, auch mit dem bereits 1973 ausgewiesenen Reinhard Fuhrmann und anderen, etwa zwanzig Personen insgesamt, trafen sich zu politischen Grundsatzdebatten eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ und formulierten Texte („Jenaer Plattform“). Sie waren Anfang der siebziger Jahre in Jena ins Visier der Staatssicherheit geraten. Die Observation ist in den Stasi-Akten zum operativen Vorgang „Revisionist“ (Scheer, *Vision*, S. 11) festgehalten. Der hohe Grad der geheimdienstlichen Aufmerksamkeit und die kontinuierliche Aktenführung lassen erkennen, welche Ansteckungskraft die sozialistische Diktatur solchen Gruppen beimaß, zumal sie auch überregional – mit Gleichgesinnten in Halle, Berlin, Erfurt – agierten. Im Abschlussbericht der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit Gera heißt es dazu mit Datum vom 27.10.1981: „Im Operativ-Vorgang ‚Revisionist‘, Reg.-Nr. X/39/74 wird seit Januar 1974 eine feindlich-negative Gruppierung von [...] ehemaligen Studierenden der Friedrich-Schiller-Universität bearbeitet, die beabsichtigte, unter Missbrauch der kulturellen Betreuung von Lehrlingen und Jungfacharbeitern Jenaer Großbetriebe sowie anderer gesellschaftlicher Bereiche revisionistisches, trotzkistisches und antisozialistisches Gedankengut zu verbreiten und schrittweise eine Massenbasis für feindliche Aktivitäten gegen den in der DDR real existierenden Sozialismus zu erlangen. Dabei bedienten sie sich evolutionärer Modelle von der ‚friedlichen Umwandlung‘ des Sozialismus im Sinne des von führenden imperialistischen Ideologen geprägten ‚Marsches durch die Institutionen‘.“ (BStU, MfS, BV Gera, AIM, Arch.-Nr. 1205/81, T. V, Bd. IX, Bl. 125)

Die Staatssicherheit hatte erreicht, dass erfolgreiche „Vorbeugungs-/Verunsicherungs-, Zurückdrängungs- und Zersetzungsprozesse“ als operative Abwehrmaßnahmen „keine gesellschaftliche Einflussnahme“ dieser Personen mehr zuließen „und sie am ‚langen Marsch durch die Institutionen‘ überall dort, wo sie ihn zu vollziehen beabsichtigten mit differenziertem operativen Ergebnis gehindert wurden und somit keine meßbare Feindtätigkeit mehr feststellbar ist“. (ebd., Bl. 143) Doch es reichte offenbar ein wichtiger Brückenbogen von 1968 – der Wirkung der „Dubček-Clique“ – bis in das politische Denken der achtziger Jahre hinein. Dass mit solcherlei Postulaten – zugunsten eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ – für die Herrschenden bereits ein hoher Grad der politischen Feindtätigkeit

erreicht war, nimmt heute wunder. Verwunderlich ist auch, dass trotz einer strafrechtlichen Würdigung dieses Verhaltens mit genauer Feststellung der Gesetzestexte aus dem Strafgesetzbuch der DDR dann schließlich doch aus *strafpolitischen Gründen* auf die Strafverfolgung verzichtet wurde (!).

Von kürzerer Dauer war die Wirkung eines Literaturzirkels in den siebziger Jahren, und zwar des „Arbeitskreises für Literatur und Lyrik“ im neuerbauten Kulturhaus Jena-Neulobeda, den 1973 der Student der Germanistik und Geschichte Lutz Rathenow, gegründet hatte, angeregt von Edwin Kratschmer, dem Herausgeber der mit staatlichem Misstrauen beobachteten Jugendlyrik-Anthologien „Offene Fenster“. Dieser Kreis agierte mit studentischer Beteiligung – Jürgen Fuchs, Lutz Rathenow, Siegfried Reiprich, Udo Scheer – sowohl innerhalb der Universität als auch in ihrem Umfeld. Als bald sahen sich die ideologischen und politischen Wächter auf den Plan gerufen. „Das Klima schien günstig für eine Gegenkultur“ und sogar der „verbotene Wolf Biermann gab Hauskonzerte“; Jürgen Fuchs „wirkte beratend und meinungsbildend im Hintergrund. Verbotene Bücher von Ernst Bloch, Heinrich Böll, Robert Havemann und anderen kursierten ebenso wie Schreibmaschinenabschriften mit Gedichten von Thomas Brasch, Günter Kunert, Reiner Kunze [...]“ (Scheer, *Verhalten*, S. 2196). Studenten, Lehrlinge und Jungfacharbeiter, etwa dreißig, kamen nahezu wöchentlich in „diesem wohl einmaligen Arbeitskreis“ zusammen, um über eigene und neuere polnische, tschechoslowakische, lateinamerikanische Literatur zu diskutieren. Nicht lange dauerte es, bis die Staatssicherheit mit dem operativen Vorgang „Pegasus“ dem Arbeitskreis zuleibe ging und Zersetzung, wie üblich, betrieb, so dass 1975 die Selbstauflösung des Arbeitskreises beschlossen wurde (ebd.). Die SED-Parteigruppenleitung der Sektion Geschichte hatte Lutz Rathenow schon zuvor unter Druck gesetzt, seine Exmatrikulation, u. a. durch den Sektionsdirektor Siegfried Schmidt vollzogen, erfolgte 1977. Jürgen Fuchs befand sich schon 1976 in politischer Haft im Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen und wurde 1977 ausgebürgert und abgeschoben. Ähnlich erging es Siegfried Reiprich, schon als Oberschüler 1973 Mitglied des Arbeitskreises Literatur und Lyrik, verweigerte er die Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit. 1975 begann er ein Philosophiestudium an der Sektion für Marxistisch-Leninistische Philosophie, wurde jedoch – als Kritiker der Okkupation der Tschechoslowakei 1968 – nach einem Disziplinarverfahren für dauernd vom Studium „an allen Universitäten, Hoch- und Fachschulen der DDR“ ausgeschlossen, und 1981, kurze Zeit nach dem Tod von Matthias Domaschk am 12.4.81 im Stasi-Untersuchungsgefängnis Gera, ausgebürgert und zusammen mit seiner Ehefrau in den Westen abgeschoben.

Roland Jahn, Student der Wirtschaftswissenschaft, wurde wegen seines Protestes gegen die Biermann-Ausbürgerung 1977 exmatrikuliert. (Man bewertete seinen Protest als einen gröblichen Verstoß gegen die Studiendisziplin.) Die Studierenden seiner Seminargruppe, durchaus nicht einhelliger Meinung bezüglich seiner „Verurteilung“, wurden so lange bearbeitet, bis sie alle zustimmten. Seinen Wunsch, 1979, nach Löschung der „Disziplinarmaßnahme“ sein Studium wieder aufzunehmen, ignorierte die Universität. Schließlich wurde er als Anhänger und Propagandist der polnischen *Solidarność* und als Kritiker des Kriegsrechts in Polen sowie als

Mitbegründer der Jenaer Friedensgemeinschaft 1983 nach mehreren Verhaftungen zu einem Jahr und zehn Monaten Freiheitsstrafe verurteilt, schließlich ausgebürgert und mit Gewalt über die Grenze gebracht. Er war 1982 auf dem Rad mit einem rot-weißen Plakat, der polnischen Flagge, durch Jena gefahren, worauf zu lesen war: „SOLIDARNOŚĆ Z POLSKIM NARODEM“ („Solidarität mit der polnischen Nation“). Der Jenaer Opposition blieb er immer nahe und hatte sich Jahre später, 1985, sogar einmal unerkannt von Berlin aus nach Jena und wieder zurück bringen lassen.

All dies gehört insofern zu den Präliminarien von 1989, weil das für die universitäre Zukunft entscheidende politische Handeln von der dritten Oktoberdekade 1989 an vorwiegend von Personen ausging, die um den stalinistischen Staats- und Parteiterror in der Frühzeit der DDR ebenso wie um spätere politische Repressionen wussten. Viele erinnerten sich genau genug daran, mit welchem einschüchterndem Druck politische Zustimmung erpresst wurde – durch die Nötigung zur offenen Stimmabgabe bei Wahlen beispielsweise, schon im Mai 1949, Monate vor Gründung der DDR, oder gegen welche kulturpolitischen Restriktionen sich künstlerische Kreativität – vielfach erfolglos – zu stemmen hatte, zumal dann, wenn sie kritische Regungen erkennen ließ, so in den sechziger und siebziger Jahren. Gerade in der Literatur, voran in der Lyrik, gewannen seit den frühen sechziger Jahren erhebliche geistige Bewegungskraft und Bewegungsfreude Raum, die der ideologischen Uniformierung des Lebens deutlich widerstrebten.

Von derartigem Geschehen hatten die Studenten der endachtziger Jahre schwerlich Kenntnis; ein Traditionsbewusstsein, das sich von den Erfahrungen und dem Wissen um diese frühe politische Renitenz herleitete, konnte also bei ihnen nicht aufkommen. Was die Details früherer Ereignisverläufe im Einzelnen angeht, so wussten ältere Hochschullehrer viel mehr und Genaueres, allerdings meistens wohl dennoch nicht alles. Man erkennt jedoch eine Kontinuität der Widerständigkeit und des Aufbegehrens, eine „Tradition universitären Protestes“ bereits seit der Wiederöffnung der Universität 1945 (Gottwald/Ploenus, *Aufbruch*, S. 9). Die Prager Geschehnisse von 1968/69 sorgten, wie gesagt, für langlebige Anstöße, die kritische Helligkeit des Reformdenkens und mehr noch das Aufleuchten des tschechischen und slowakischen Freiheitswillens und Mutes in den Tagen der Okkupation speisten nachhaltig die Energien der Andersdenkenden – bis in die Endphase der DDR 1989. Und man begriff die späten Nachwirkungen der stalinistischen terroristischen Besatzungsdiktatur in der DDR als Element der politischen Lebenserfahrung vor allem jener Generation, die Krieg und Nachkrieg noch am eigenen Leibe zu spüren bekommen hatte und sich nach dem Untergang der einen Diktatur in einem sowjetischen Protektorat mit einem deutschen Marionettenregime wiederfand, dessen Fortbestand nur durch die dauerhafte Präsenz der Roten Armee gewährleistet wurde. Auf diese weit zurückliegenden Erfahrungen sei – so bekamen wir von politisch im Erneuerungsprozess der Universität agierenden Studenten der Umbruchzeit gesagt – zu oft hingewiesen worden. Sie wollten davon nichts mehr hören. (Schieck, *Vergangenheitsklärung*, S. 228)

Mit der DDR-Staatsbürgerschaft leben hieß zweifellos – falls man, wie vermutlich sehr viele in den ersten zwei Jahrzehnten, im Dissens mit den politischen Gegebenheiten und Dogmen lebte – auf alles gefasst zu sein, ein Lebensgefühl, für das

schon lange vor Gründung der DDR im Oktober 1949 nach der Erfahrung mit fehlender Rechtssicherheit gesorgt war. Inhaftierungen und clandestiner Strafvollzug, spurloses Verschwinden geschahen willkürlich, auf Denunziationen oder auf politische Bagatellen hin – wie Witze-Erzählen und allgemeine kritische Äußerungen. In den vierziger bis sechziger Jahren akkumulierte sich die quälende Lebenserfahrung derer, die sich als politisch „Erniedrigte und Beleidigte“, auch als „Verratene“ und „Abgeschriebene“ erlebten, weil sie – zum Beispiel – in undemokratischen, zynischen Wahlprozeduren als ohnmächtige, missachtete, ausgelieferte und nichtige Menschen zu sinnloser Stimmabgabe genötigt wurden und, rigoroser staatlicher Gewalttätigkeit ausgeliefert, keinerlei politischen Beistand von außen, durch den „Westen“ erwarten konnten. In den üblichen politischen Erpressungsprozeduren erfuhren allzu viele an Leib und Seele die Menschenverachtung der totalitären Staatsmacht, die von ihnen die perfekte politische Lüge und Verstellung, sprich: die geheuchelte Anpassung und politische Zustimmung, nämlich das perfekte, ehrlich erscheinende Lippenbekenntnis forderte. Das hieß auch vielfach: im andauernden Dilemma existieren, auf die Autonomie und Souveränität des Individuums und seine Würde verzichten und politisch ein schizoides Dasein führen, in einer fatalen Rollenteilung, mit Tarnung und Mimikry. Denn schon vor der Gründung der DDR gehörte das Verbergen des politischen Dissenses zur Überlebensstrategie; die Nötigung zum sozialistischen Glaubensbekenntnis war ritualisiert und fand auch halböffentlich in Klassenzimmer und Seminarraum statt. Spätestens seit 1968 gingen aber die Risse der zornigen Abwehr immer häufiger mitten durch das brüchiger gewordene politisch-weltanschaulich Überzeugungsgefüge, sogar mitten durch das Bewusstsein vieler Protagonisten der SED-Parteilichkeit und zuweilen verliefen die Risse mitten durch politische Führungskollektive oder sogar mitten durch – schizoide – Funktionärspersönlichkeiten.

Dergleichen geschah in einer immer katastrophaler anmutenden Zeit, als der bauliche Verfall in den Städten und auch an den Universitäten dramatisch geworden war – Indikatoren eines Niedergangs, dessen deprimierendem Eindruck sich niemand zu entziehen vermochte. In Jena beispielsweise erfolgte eine Kürzung der staatlichen Baukapazitäten an der Universität von 1,3 Millionen Mark 1972 auf 0,38 Millionen Mark 1974; das ist sage und schreibe in zwei Jahren ein Rückgang um rund 70 Prozent. Unter solchen Bedingungen seien – so hieß es in jenen Jahren – Arbeits-, Brandschutz und Sicherheitsaufgaben nicht mehr realisierbar. (Mestrup, *Ära*, S. 386). Eminent katastrophale Verhältnisse doch wohl, woran ambitionierte Neubauprojekte, etwa das neue Klinikum, KIM, erkaufte durch Vernachlässigungen anderweitig, oder auch so etwas wie der Palast der Republik in Ostberlin nichts änderten. 1980 untersagte der Minister „Informationen und Veröffentlichungen zu Investitionen“ an der Universität (Mestrup, *Ära*, S. 387). Studentinnen unter anderem aus der Sektion Sprachwissenschaft hausten nach wie vor, wie seit vielen Jahren, in Zwätzener Holzbaracken unter Lagerbedingungen – bis zu acht in einem Zimmer, für alle zusammen nur ein Tischchen, das kaum zweien Platz zum Arbeiten bot. Auch Schreiarbeiten wurden überwiegend im Bett erledigt, Lektüre ohnehin. Politisch gleichgesinnte Kollegen begrüßten sich mit der Formel: „Die müssen weg!“ Die Situation war in den achtziger Jahren so, dass selbst SED-Mitglieder

über das Weiterwursteln unter solchen Bedingungen äußerten: „Es ist ein Verbrechen!“ Die Zeichen standen schon lange vor dem neunundachtziger Umbruch auf Zusammenbruch – doch eher auf Paralyse statt Sturm. In den achtziger Jahren vergrößerten sich aber, schon vor Gorbatschow und trotz Stasi-Aufblähung, dennoch die Chancen, da und dort subversive Wirkung zu entfalten und häufiger werdende Überwachungslücken zu nutzen.

ANLÄUFE 1988

In der folgenden Darstellung einiger Vorgänge von 1988 an lassen sich gelegentliche Rückgriffe bis in die frühen achtziger Jahre hinein nicht vermeiden; es werden auch nur bezeichnende Facetten sein, die ich herausgreife. Der erheblichen Verärgerung – nicht nur der Studenten – über das Verbot der deutschen Ausgabe der sowjetischen Zeitschrift *Sputnik* widme ich nur einen Seitenblick. Als eine Art Reader's Digest des Ostens war der *Sputnik* nunmehr auch ein Spiegel der demokratischen Erneuerungsimpulse und des kritischen Antistalinismus in der Sowjetunion der Gorbatschow-Zeit, somit vom Neuen Denken und von den Impulsen der *Perestroika* geprägt. Tabus der Geschichtsschreibung wurden gebrochen, weil der Text des geheimen Zusatzabkommens zum Hitler-Stalin-Pakt in der Oktobernummer 1988 in zwei Artikeln nachzulesen war. Das nannte die SED im gewohnten polemischen Jargon Entstellung der Wahrheit und verzerrende Geschichtsdarstellung. Vom Schock über das Verbot angestoßen, sammelte sich sehr rasch ein beträchtliches Protestpotenzial an, das einen nicht geringen Teil des Treibstoffs für späteres noch energischeres Aufbegehren – zum Beispiel bei der Wahlfälschung vom Mai 1989 – lieferte. Doch auch jetzt schon suchte der Protest öffentlichen Ausdruck: Es wurden zahlreiche Briefe geschrieben, von Lehrkräften und Studenten, mit einer Deutlichkeit der politischen Kritik, für die es in den achtziger Jahren kaum Präzedenzfälle gab. Im Verdikt gegen den *Sputnik* im *Neuen Deutschland* vom 25. November 1988 war unter dem Titel *Gegen die Entstellung der historischen Wahrheit* von „[v]erzerzte[n] Darstellungen der geschichtlichen Leistung des Sowjetvolkes“ die Rede. Die Studentin der Germanistik und Geschichte Petra Weigel hatte sich bereits am 22. November mit einem Brief an den Ministerrat der DDR gewandt, der mit dem Satz und der rhetorischen Frage schloss: „Es gehört zur Lebensqualität einer sozialistischen Persönlichkeit, daß sie die Fähigkeit zur kritischen Auseinandersetzung sowie zur engagierten und bewußten Teilnahme an der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse besitzt. Ist die Streichung des *Sputniks* nicht eine Absage an die Bewußtseinsqualitäten der Bürger der DDR?“ (Gottwald/Ploenus, *Aufbruch*, S. 29, Dok. 4)

Das Manuskript für die Probenummer einer unabhängigen Studentenzeitung nahm bereits den Tenor des *Reformhauses* vorweg. Der Vorschlag der Sektionen Biologie, Mathematik und Psychologie wirkte als Warnruf: „[E]s muß sich etwas ändern – einschneidend.“ So stand es wie ein Motto herausblitzend im Leitartikel der Probenummer vom 15. Mai 1989 (ebd., S. 43, Dok. 15). Öffentlicher Meinungsstreit über die „die Studenten unmittelbar bewegenden Probleme“ sollte statt-